

## Ein Armutszeugnis für die Demokratie in Deutschland

Es ist erschütternd und zeugt von wenig Sachkompetenz, wenn sich Politiker und Journalisten und so genannte Terror-Experten über die jüngste Islam-Problematik im Zusammenhang mit der ach so ungeliebten AfD äußern.

Unsere deutsch-israelische Institution „ZeLeM e.V.“ wurde bereits im Jahre 2002 von Islamisten hier in Deutschland bedroht, als wir von einer islamistischen Organisation namens Al-quds Lana, Arabland, als „Juden“ im negativen Sinn und als „Neonazis, Blutsauger und Kindermörder“ betitelt wurden, für die es „keine Toleranz“, sondern nur Krieg und „kein Friede“ gäbe. Anonyme Anrufer sprachen ähnliche Drohungen gegen uns aus. Die Staatsanwaltschaft in Mainz ermittelte unter dem Aktenzeichen 3192 UJs 15300/02 gegen Unbekannt. Auch in unserem Gästebuch stand: „Friede und Freiheit für Palästina, gez. Abd el ruhman“. Am 10. 02. 2005 lautet ein Aufruf im Gästebuch: „As-salamu aleikum, wacht auf, laßt uns endlich etwas für den islam tun. Denkt daran, wir werden eines tages vor Allah stehen und Er wird uns fragen, was wir für unsere Religion getan haben (...). was werden wir Ihm antworten?? Lest euch bitte folgenden Aufruf durch und schreibt uns: wir warten und freuen uns auf jede Meldung. (...). 'Sunna al 7aya' ist wohl die erfolgreichste Sendung im arabischen Fernsehen.“

Anlässlich einer Polizeitaugung in Rheinland-Pfalz am 11. September 2003 hatte ich

Gelegenheit, über das Thema „Die religiösen Hintergründe des islamistischen Terrorismus“ zu referieren. Dabei führte ich sämtliche Koran-Suren an, die zu strafbaren Handlungen einschließlich Mord aufrufen. Dieses umfangreiche Referat kann man unter [www.zelem.de](http://www.zelem.de) herunterladen. Wir senden es Interessenten auch zu.

### Die Rolle der Medien

Während gerade gestern wieder ein Anschlag gegen israelische Zivilisten in Jerusalem durchgeführt wurde, werden Stimmen aus dem politischen Lager, die vor der Gefahr einer Islamisierung warnen, in sämtlichen Medien geradezu verheult. Wer von all jenen deutschen Politikern und Medienvertretern weiß überhaupt, dass der marokkanische König **Hassan II.** zu Lebzeiten in Rabat anlässlich einer Islam-Großveranstaltung seine Glaubensgenossen dazu aufrief, nach Europa zu emigrieren, um sich auf legalem Weg in die dortigen Parlamente wählen zu lassen, um so sozusagen durch die Hintertür den Islam in Europa hoffähig zu machen und das jüdisch-christliche abendländische Kulturerbe auszuhebeln? Dabei dient der Art. 4 GG dem panislamistischen Bestrebungen als Entrée in unseren Kulturkreis, wenn die deutsche freiheitliche Demokratie nicht wehrhaft gegen solch eine usurpierende Religion, die keine Toleranz kennt und akzeptiert, gewappnet ist. Diesem Miß-

brauch unseres freiheitlichen Denkens zugunsten einer Religion, die bereits **Adolf Hitler** als Schwert gegen die Juden verwendete, die die Täuschung und Verstellung (arab.: taqiye) auf ihre Fahne geschrieben hat, wo Staat und Religion nicht getrennt sind und seinem koranischen Gesetzbuch gemäß Körperstrafen und Verstümmelungen vorsieht sowie die Rechte der Frauen unterprivilegiert und versklavt und zudem die Polygamie fördert und die Integration mit anderen Religionen und Kulturen untersagt, gehört im Gegensatz zur Auffassung von Frau **Angela Merkel NICHT** zu Deutschland.

Wie problematisch die Integration von Muslimen in einen anderen Kulturkreis ist, erleben wir tagtäglich in Israel. Obschon die Muslime im Lande Zion gleiche Rechte und Pflichten wie die jüdische Bevölkerung haben, erleben wir immer wieder tätliche Übergriffe durch Terroranschläge und Messerattacken. Selbst im Norden Israels hat sich unter Führung von **Raed Salah** eine wachsende Gruppe von Mudjaheddin (Moslembruderschaft) entwickelt, die inzwischen für den jüdischen Staat eine Gefahr für die innere Sicherheit geworden ist (siehe Beitrag in unserer BNI-Zeitschrift Nr. 197, S. 37-40).

Dass unsere Publikationen sogar von christlichen Presseorganen boykottiert wird, verheißt sowohl für die Wahrheitsfindung als auch für die innere Sicherheit hierzulande nichts Gutes.

Daher verstehe ich sehr

wohl die wachsende Sorge der deutschen Bevölkerung vor einer solchen Überfremdung, wobei die Schweiz mittels eines Referendums ein Minarett-Verbot ausgesprochen hat sowie in Frankreich eine Burka-Verbot. Für eine wehrhaftige Demokratie ist es ein Armutszeugnis, dass in Deutschland diese Möglichkeit der Volksbefragung nicht besteht, wobei mir vor Jahrzehnten Frau **Süssmuth** schrieb, dass dies eine Entmachtung der Bundestagsabgeordneten bedeuten würde. Welch eine Farce! Als Bundeskanzler würde ich mich bei solch brisanten Fragen durch ein Plebiszit absichern.

Summa summarum: Auch ich sehe durch den Zuzug von 1,3 Millionen (zuzüglich vier Millionen ansässige) Muslime hierzulande nicht nur die Sicherheit bedroht, sondern auch das jüdisch-christliche Erbe unserer jahrhundertealten Kultur!

Ich bitte um eine möglichst große Verbreitung dieses vorliegenden Statements.

**Klaus Mosche Pülz,**  
Israel / Tel Aviv  
Autor, Theologe, Publizist